



Bürgerbeteiligung beim Ausbau der Stromnetze – aus dem Blickwinkel des Kreises Nordfriesland

Dieter Harrsen

Seit rund zwei Jahren begleitet der Landkreis Nordfriesland die dem Planfeststellungsverfahren vorgeschaltete Bürgerbeteiligung zum Ausbau der Stromnetze. Dabei geht es insbesondere um die Errichtung einer 380 kv-Höchstspannungsleitung, die von Nord nach Süd durch das gesamte Kreisgebiet verlaufen wird. Gegenstand des Beteiligungsverfahrens ist nicht, ob die Leitung kommt, sondern auf welcher Trasse sie verlaufen soll.

In diesem Punkt hat das Verfahren immer wieder Missverständnisse aufgedeckt: Eine »echte« Bürgerbeteiligung, die den Bürger/innen nach der »reinen Lehre« ja weitgehende Mitentscheidungsrechte einräumen müsste, ist bei der Planung der Stromnetze rechtlich gar nicht möglich. Denn der Gesetzgeber hat das Unternehmen TenneT gesetzlich verpflichtet, eine 380 kv-Leitung an der Westküste Schleswig-Holsteins zu bauen. Daraus ergibt sich für die TenneT auch ein Rechtsanspruch auf eine Planfeststellung, das »Ob« kann durch die betroffenen Anwohner/innen gar nicht mehr in Frage gestellt werden.

Auch der Verlauf der Trasse ist nicht frei verhandelbar: Naturschutz, Vogelschutz, Denkmalschutz, Immissionschutz und andere bestehende Vorschriften engen den Planungskorridor von vornherein auf relativ wenige Trassen ein.

Unbestritten sind die Gesetze, aus denen sich die geschilderten Verhältnisse ergeben, in einer Reihe rechtsstaatlicher, unserer repräsentativen Demokratie entsprechender Verfahren zustande gekommen. Allerdings erwies es sich im Beteiligungsverfahren häufig als schwierig, den beteiligungswilligen Bürgerinnen und Bürgern die komplexen Rechtsverhältnisse zu erläutern und ihnen plausibel zu machen, dass ihre Beteiligung sich nur noch innerhalb enger Grenzen abspielen konnte und größtenteils mehr der Information und Kommunikation diente als der Einigung auf gemeinsame Entscheidungen.

Trotzdem hat das Beteiligungsverfahren in rund 30 stets gut besuchten Veranstaltungen viel Transparenz geschaffen, manche Bedenken von Bürger/innen ausgeräumt und auf diese Weise vermutlich auch einige potenzielle Klagen verhindert.

Gleichwohl wird es im Planfeststellungsverfahren mancherorts Widerstand gegen den Trassenverlauf geben. Bedenken können sich etwa durch den erwarteten Wertverlust von Immobilien, den Vogelschutz oder die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes ergeben. Mindestens eine Bürgerinitiative kämpft dafür, die geplante Freileitung durch ein Erdkabel zu ersetzen. Nachdem die Landesregierung dies aus einer Reihe von Gründen abgelehnt hat, sammelt die Bürgerinitiative nun Geld für eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof.



Insgesamt ist das vorgeschaltete Beteiligungsverfahren jedoch als positiv zu bewerten. Als besonders hilfreich haben sich die externe, professionelle Moderation durch die Deutsche Umwelthilfe und die intensive fachliche und persönliche Begleitung durch die Landesregierung und durch Fachleute der Kreisverwaltung erwiesen.

Die Einschätzung von Kommunikationsexpert/innen, jeder vorhandene Kommunikationsweg müsse genutzt werden, war wieder einmal richtig. Indem unterschiedlichste Mittel wie Pressearbeit, Plakate, Wurfungen, Internet und persönliche Ansprachen eingesetzt wurden, gelang es, einem großen Teil der betroffenen Bevölkerung Wissen über das Projekt und die Beteiligungsmöglichkeiten zu vermitteln. Das wichtigste Instrument der Beteiligung jedoch waren die Informations- und Diskussionsveranstaltungen. Der persönliche Dialog von Mensch zu Mensch ist durch nichts zu ersetzen.

Es wäre illusionär zu glauben, mit einem solchen Verfahren könnten ausnahmslos alle potenziell betroffenen Bürger/innen erreicht werden. Stets wird es eine signifikante Anzahl geben, bei denen alle Informations- und Kontaktversuche in dem für das jeweilige Verfahren zur Verfügung stehenden Zeitraum erfolglos bleiben.

Im Zuge der intensiven Diskussionen wurde auch immer wieder deutlich, an welchen Stellen die Energiewende im Detail mit konzeptionellen und planerischen Schwächen belastet ist. Es gehört mit zu den Effekten des demokratischen Prozesses der Bürgerbeteiligung und der dadurch erzeugten Transparenz, dass das Handeln der Politik auf Bundes- und Länderebene zukünftig von dem einen oder anderen möglicherweise etwas kritischer hinterfragt werden wird.

Autor

Dieter Harrsen wurde 1958 geboren und wuchs auf der nordfriesischen Insel Pellworm auf. Seit 2007 ist er der Landrat des Kreises Nordfriesland. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen in der ständigen Weiterentwicklung der Verwaltung, der Abfederung des demografischen Wandels, der deutsch-dänischen Zusammenarbeit, der Wirtschaftsentwicklung sowie dem Ausbau der Infrastruktur wie der Stromnetze, über die umweltfreundlicher Strom aus Nordfriesland zu den großen Verbrauchern weiter im Süden abfließen soll. In Nordfriesland wird 3,6-mal mehr Energie erzeugt als verbraucht – und zwar ausnahmslos regenerativ. Bei der bundesweiten Energiewende ist Nordfriesland ganz vorn dabei. Deshalb arbeitet der Kreis aktiv am Planfeststellungsverfahren für den Netzausbau mit. Ehrenamtliches Engagement und kommunale Selbstverwaltung haben in Nordfriesland eine lange Tradition. Auch deshalb ist die Bürgerbeteiligung in zahlreichen Zusammenhängen für Dieter Harrsen ein Thema, das zukünftig stärker auf die Agenda gehört.



Kontakt

Dieter Harrsen
Kreis Nordfriesland
Marktstraße 6
25813 Husum
Tel: 04841 67-362
Fax: 04841 67-360
E-Mail: landrat@nordfriesland.de
<http://www.nordfriesland.de>

Redaktion eNewsletter

Stiftung MITARBEIT
Netzwerk Bürgerbeteiligung
Redaktion eNewsletter
Ellerstraße 67
53119 Bonn
E-Mail: newsletter@netzwerk-buergerbeteiligung.de